

## **Rede des Landesvorsitzenden Stefan Bayer zur öff. Veranstaltung des 21. Gewerkschaftstages in Neustadt an der Weinstr.**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Namen der DSTG Rheinland-Pfalz eröffne ich die öffentliche Veranstaltung zum 21. Steuergewerkschaftstag in Neustadt an der Weinstr. Ich begrüße Sie herzlich und freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Vor vier Jahren tagten wir in Koblenz, diesmal weiter südlich hier im schönen Neustadt. Ich darf den Oberbürgermeister der Stadt, Herrn Löffler, begrüßen. Sie werden uns in Ihrem Grußwort sicherlich das eine oder andere über Ihre Stadt berichten.

Als Vertreter des Landtags begrüße ich für Fraktion der SPD Herrn Wansch, für die CDU Herrn Bracht und für die FDP Herrn Mertin.

In unserem berechtigten Kampf für eine leistungsgerechte Besoldungsanpassung standen uns die Vertreter der FDP und CDU tatkräftig zur Seite. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank. Wir freuen uns auf Ihre Grußworte.

Für die Landesregierung begrüße ich unseren Finanzminister, Herrn Prof. Dr. Deubel. Sehr geehrter Herr Staatsminister, Ihnen ist sicherlich aufgefallen, dass unser diesjähriges Motto die Besoldung thematisiert. Heute sind viele Kolleginnen und Kollegen hier, um von Ihnen zu hören, ob Sie Positives hierzu berichten können. Uns geht es heute wie beim Besuch in der Familie: Uns ist der Onkel lieber, der was mitbringt, als die Tante, die nur Klavier spielt!

Jedenfalls bedanke ich mich, dass Sie bereit sind, sich diesbezüglich Ihrer Mannschaft zu stellen. Alle sind sehr gespannt auf Ihren Vortrag.

Ich begrüße Herrn Oberfinanzpräsident Caspers, die Finanzpräsidenten Nägler und Brehm, sowie die Gruppenleiter der Oberfinanzdirektion Koblenz.

Des Weiteren begrüße ich Herrn Zentralabteilungsleiter Weidenbach vom Ministerium der Finanzen in Mainz.

Besonders freue ich mich, dass der Präsident des Landesrechnungshofes, Herr Behnke, Zeit für diese Veranstaltung gefunden hat. Herr Behnke, Ihre Anwesenheit demonstriert Ihre tiefe Verbundenheit mit der DSTG. Dafür danke ich Ihnen.

Für die LBB begrüße ich Herrn Casel.

Ich begrüße die Vorsteher Herrn Dr. Bowitz, Herrn Hoos, Herrn van de Sand und Herrn Urig.

Die DSTG Rheinland-Pfalz ist eine der Fachgewerkschaften im dbb. Ich freue mich die dbb-Landesvorsitzende Brigitte Stopp begrüßen zu dürfen und sehe dem Grußwort gespannt entgegen.

Wenn ich schon beim dbb bin, begrüße ich einen Vertreter der GdL, Herrn Heinz Brunnet. Kollege Brunnet, GdL steht für Kampf und Durchhaltewillen. Herr Schell hat hier einen großen Fan-Club. Geben Sie ihm das weiter.

Was wäre ein Gewerkschaftstag ohne unseren Bundesvorsitzenden der DSTG, Dieter Ondracek. Lieber Dieter, auf Deinen Vortrag sind wir wie immer gespannt.

Ich begrüße den Bundesehrenvorsitzenden der DSTG Hermann Fredersdorf herzlich. Schön, dass Du wieder dabei bist. Ebenso begrüße ich den Landesehrenvorsitzenden Detlev Stoltz.

Weiter begrüße ich die zahlreichen Landes- und Bezirksvorsitzenden der DSTG.

Viele Personalratvorsitzende sind der Einladung hierher gefolgt, herzlich willkommen.

Ich begrüße die Vertreter der Selbsthilfeorganisationen.

Auch ein herzliches Willkommen an die Vertreter der Presse. Vorhin hatte ich zusammen mit dem Bundesvorsitzenden, Dieter Ondracek, Gelegenheit, den Medien die momentane Situation der Finanzverwaltung zu schildern.

Ich will die Begrüßung zum Ende bringen und alle Kolleginnen und Kollegen aus den umliegenden Finanzämtern und den Niederlassungen der LBB herzlich willkommen heißen. Es ist schön, dass Sie so zahlreich hier sind.

Rede

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute Morgen bin ich als Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz einstimmig von den Delegierten für die nächsten fünf Jahre bestätigt worden. Dies werte ich als Bestätigung der guten Arbeit der DSTG in den vergangenen vier Jahren.

Herr Minister, wie anfangs bereits gesagt, steht unser Gewerkschaftstag unter dem Motto leistungsgerechte Besoldung. Die durch Ihre Landesregierung beschlossene magere Besoldungsanpassung im Dezember 2007 war nach Auffassung unserer Beamtenschaft eine krasse Fehlentscheidung.

Ministerpräsident Beck verkündete sie als Teil seiner Regierungserklärung. Zu diesem Zeitpunkt war nicht erkennbar, dass die gesamtwirtschaftliche Situation sich dermaßen verbessern würde. Diesen konjunkturellen Aufschwung nahmen umliegende Bundesländer zum Anlass, ihrer treuen Beamtenschaft nach Jahren der Entbehrungen endlich mal wieder eine leistungsgerechte Besoldungserhöhung vorzunehmen.

Nicht so unsere Regierung. Es blieb bei der ursprünglichen Erklärung. In diesem Zusammenhang bereitete die Aufforderung des Ministerpräsidenten Beck, dass Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden müssen, großen Ärger. Denn dies bezog er offensichtlich nicht auf uns, seine eigenen Beamtinnen und Beamten. Er würdigte damit unsere immer so gut bezeichnete Leistung in nicht nachvollziehbarer Weise herunter. Dieses Verhalten unseres Ministerpräsidenten stellt für uns die Glaubwürdigkeit der Regierung in Frage.

Wir, die DSTG Rheinland-Pfalz haben neben dem dbb Rheinland-Pfalz bis zuletzt gekämpft und versucht, die Regierung auf den richtigen Weg zu bringen. Dieser Weg hieß nach der Aussage von Ministerpräsident Beck Beteiligung aller am wirtschaftlichen Aufschwung, also auch der Beamtenschaft in Rheinland-Pfalz. Wir haben keine Gelegenheit ausgelassen, das Gespräch mit den Verantwortlichen zu führen. Die wenigen Argumente der Regierung konnten wir entkräften.

Sehr geehrter Herr Minister, in einem dieser Gespräche haben Sie uns als Rosinenpicker bezeichnet, weil wir Ihrer Ansicht nach nur das Positive der anderen Länder aufzählten. Natürlich geben wir Ihnen gerne Vorgaben, wie Sie es besser und damit richtig machen können. Ich habe dabei kein schlechtes Gewissen. Denn was tun Sie? Nachdenklich machte viele das Argument, dass wir nur eine 40 Stunden Woche haben im Vergleich zu anderen Bundesländern. Herr Minister, diese haben wir aber schon seit 11 Jahren! Da hatten andere noch lange die 38,5 Stunden-Woche. Somit geht ihre Berechnung, dass wir im Bundesvergleich die best bezahltesten Beamten seien, an der Wirklichkeit vorbei. Was die Besoldungsanpassung angeht, sind wir das Schlusslicht!

Sie zogen sich letztendlich auf die Konsolidierungsnotwendigkeit zurück. Sicher, wir alle wissen, dass der Haushalt trotz Aufschwung knapp bemessen ist. Aber daran haben wir die allerwenigste Schuld. In den letzten zehn Jahren haben doch wir durch Kürzungen und Nullrunden zur Entlastung des Haushalts massiv beigetragen.

Aufgrund dieser Opfer, die wir die letzten zehn Jahre erbracht haben, wäre es nun endlich an der Zeit gewesen, auch einmal bei der Beamtenschaft seitens der Regierung mit barer Münze im Sinne einer leistungsgerechten Besoldung Anerkennung zu zollen.

Sie haben den Weg gewählt, der für alle schlecht war: Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen haben durch die Anpassung weit unter der Inflationsrate, tatsächlich eine Minusrunde hinter sich!

Die Landesregierung hat die Zeichen der Zeit in dieser Frage leider nicht richtig gedeutet. Die Regierungserklärung wurde von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überrollt. Aufgrund der erheblichen, anhaltenden Steuermehreinnahmen, hätte eine Kehrtwende erfolgen müssen. Dafür ist es immer noch nicht zu spät! ^

Ich kann Ihnen hier und heute nochmals mitgeben: Sorgen Sie im Rahmen der Fürsorgepflicht für Ihre Mannschaft. Bessern Sie nicht erst 2009 sondern bereits 2008 nach! Das Tarifergebnis von Bund und Kommunen gibt Ihnen die Richtschnur vor.

Nicht nur die mangelnde Anerkennung der Leistung bedrückt uns. Die Arbeitsbelastung in den Ämtern ist nicht mehr zu bewältigen. Schuld daran sind mehrere Faktoren:

Zu nennen sind fehlendes Personal und steigende Anforderungen durch neue Steuergesetze, die Mehraufwand mit sich bringen.

Die Kolleginnen und Kollegen gehen mittlerweile auf dem Zahnfleisch. Notwendig ist der sofortige Stopp des immer noch stattfindenden Personalabbaus. Notwendig ist genügend Nachwuchs! Die Landesregierung hat durchaus ein Einstellungskonzept. In den letzten Jahren wurden auch mehr Absolventen übernommen, ständige Forderung der DSTG.

Dafür muss ich Ihnen an dieser Stelle ein Wort der Anerkennung aussprechen. Allerdings reichen nach unserer Berechnung die Neuzugänge nicht aus, um die Lücken zu schließen. Erschwerend kommt hinzu, dass in den kommenden Jahren weit mehr Bedienstete in den Ruhestand treten, als eingestellt werden. Diese Zahlen sind Ihrem Hause bekannt

Der Einsatz der Technik wird den Personalfehlbestand nicht ersetzen können. Außerdem wissen wir noch nicht, was die geplante Umstellung auf EOSS mit sich bringt.

Ich bin gespannt, was wir insbesondere zu diesen Punkten hören werden. Wir freuen uns nun auf die Grußworte und im Anschluss daran auf die Vorträge.

Vielen Dank

Schlusswort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich bedanke mich für die Grußworte und bei Dir, lieber Dieter für Deinen informativen Vortrag. Wie immer, hast Du alle mitgerissen und demonstriert, dass Du uns alle hervorragend vertrittst.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich weiß, dass Sie es nicht leicht haben. Es gibt eine Redensart: „Der Minister der Finanzen muss nach jedes Pfeife tanzen.“ Wir wünschen uns einen Finanzminister, der allen anderen einmal zeigt, was ihm die Finanzverwaltung wert ist und dass die anderen nach dessen Pfeife zu tanzen haben.

Ich wiederhole mich hier nicht ungerne, und trotz Ihrer Vergleichszahlen bleibe ich dabei, insbesondere was die Besoldung angeht, gibt es für sie noch viel zu tun. Und das ist nur eine Baustelle. Generell können und sollten Sie noch sehr viel für uns tun.

Ich nenne die Dienstpostenbewertung. Wir haben dies in einem Leitantrag beschlossen. Wir fordern eine Dienstpostenbewertung, nach den Grundsätzen des

Landes Baden Württemberg. Diese hätte für alle Seiten Vorteile. Durch Anpassung an geänderte Arbeitsinhalte und Belastungen durch hoch komplexe Sachverhalte

Weiterhin die Anhebung der Stellenplanobergrenzen, ein Thema von größter Wichtigkeit. Für zukünftige Beförderungen ist es notwendig, dass diese nach oben geöffnet werden. Sie haben die Möglichkeit dazu. Tun sie es. Hier zeigt sich ihre Fürsorgepflicht für ihre Beamtenschaft jetzt.

Zur Personalentwicklung noch folgendes: Wer gut geführt wird, entwickelt sich gut. Wir fühlen uns in unserer Entwicklung gehemmt.

Dies hier ist Ihre Mannschaft, die für das Land durch Dick und Dünn geht. Sorgen Sie dementsprechend für sie.

Die staatliche Betrachtung sollte nicht zuerst betriebswirtschaftlich sein. Vielmehr sollte die Frage der Stabilität und Zuverlässigkeit im Vordergrund stehen.

Im Übrigen ist das Verhalten der Regierung was die Alimentation betrifft, sehr unglaublich. Das Bestreben jeder Regierung muss es sein, eine hoch motivierte Finanzverwaltung zu haben.

Vergleichen Sie uns auch bitte nicht immer mit der Wirtschaft. Dort herrschen ganz andere Vorgaben und Gesetzmäßigkeiten. Und wenn Sie uns vergleichen, dann müssen Sie uns auch entsprechend leistungsgerecht bezahlen, wie das in der Wirtschaft geschieht.

Herr Minister, die Wertschätzung für uns ist zu niedrig ausgefallen Ihre Finanzverwaltung arbeitet auf hohem Niveau. Geben Sie uns endlich ein Signal Ihrer Wertschätzung. Wir haben es verdient.

Einen ersten Schritt haben Sie gemacht, indem Sie unsere Anregung Gehalt und die Sondervergütung in einem Betrag auf der Gehaltsmitteilung auszuweisen, ernst genommen haben und auch umsetzen.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur Personalausstattung: Wenn schon Personal weniger, dann müssen die, die mehr leisten, besser bezahlt und schneller befördert werden.

Was die Personalausstattung angeht, ist die Kostendiskussion unerträglich. Jeder Betrieb hat Kosten. Diese spielen aber eine untergeordnete Rolle. Wenn in einem Betrieb die Produktion so leicht zu erhöhen wäre wie in der Finanzverwaltung, würde dort mächtig investiert werden. Seien Sie doch ehrlich: Ohne unsere Produktion läuft nichts im Staat.

Sie haben die Zahl 8 € Gehaltserhöhung angesprochen. Wir werden Ihrem Wunsch nachkommen und die Berechnung bei Gelegenheit erörtern. Unabhängig davon ist es gleich, ob 8, 9 oder 10 €. Sie haben die Bilder des Trailers gesehen. N' Appel und n' Ei! Mehr sage ich dazu nicht.

Herr Staatsminister, Sie haben in Ihrem Vortrag deutlich gemacht, dass Sie ein Kenner und Freund der Zahlen sind. Allerdings ist Ihnen in diesem Zusammenhang

bei der Besoldungsanpassung ein Zahlendreher passiert: Statt 0,5 % hätte es 5,0 % heißen sollen.

Zur Automatisierung noch folgendes: Diese führt normalerweise zu Rationalisierung. In der Finanzverwaltung soll sie aber eine bereits stattgefundene Rationalisierung auffangen. Dies funktioniert so nicht.

Beispiel Black Box:

Das Durchwinken der einfachen Fälle stagniert durch extrem viele Prüfhinweise, die abgearbeitet werden müssen. Auch führt das System zu Unzufriedenheit, weil für den Bearbeiter eindeutig falsche Angaben von der Maschine nicht erkannt werden. Dies führt nebenbei zu erheblichen Steuer-Mindereinnahmen, ein freiwilliger Verzicht von Steuereinnahmen durch die Finanzverwaltung.

In Bezug auf Elster hörte ich neulich folgende Aussage eines Steuerpflichtigen: Um meine Steuererklärung zu fertigen braucht man mittlerweile Abitur. Um sie mit Elster zu machen noch 4 Semester Informatik.

Ich will zum Schluss kommen: Steuergesetzgebung, ein leidiges Thema. Wir haben vom Bundesvorsitzenden die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung zur Steuervereinfachung vernommen.

Neulich hörte ich folgende Feststellung: Zur Steuergesetzgebung gebe es ca. 4400 Bücher.

Über Sex nur 1500.

Ich weiß nicht, ob die Zahlen stimmen, ich habe diese Bücher nicht alle. Dies sollte uns aber zu denken geben.

Mit dieser Schlussbemerkung möchte ich die öffentliche Veranstaltung schließen. Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit. Im Namen der DSTG Rheinland-Pfalz lade ich Sie alle im Anschluss zu einem Empfang ein. Bleiben Sie bitte noch einen Moment auf Ihren Plätzen, wir wollen noch einmal den Trailer auf uns wirken lassen.

Vielen Dank

Ggf. Bundesfinanzverwaltung: Finanzminister missbrauchen die Steuerverwaltung als Machtbasis. Seit Gründung der Bundesrepublik verweigern sie eine adäquate Ausstattung entsprechend den Anforderungen der Steuergesetze. Was seit der Föderalismusreform passiert, haben wir in Rheinland-Pfalz schmerzlich erfahren.

Wenn bestimmte Rahmenbedingungen entsprechend positiv wären, wüsste ich momentan nicht, ob ich mich der Bundesfinanzverwaltung verweigern würde.